

Wissenschaft stärken

Wir müssen die Politikberatung neu aufstellen!

Die Pandemie hat wie in einem Brennglas die Schwachstellen in unserem System aufgedeckt. Sie hat auch gezeigt, wo wir dringend nachbessern müssen. Ein Gastbeitrag.

Von CAROLINE SCHMUTTE UND HEYO K. KROEMER



© dpa

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin und Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Markus Söder, Ministerpräsident von Bayern nach der Ministerpräsidentenkonferenz am 10. August.

Am Dienstag, den 10. August, zeigte sich ein vertrautes Bild: Abermals kommen die Ministerpräsidenten und -präsidentinnen der Länder mit der Bundeskanzlerin zusammen, wieder einmal werden Beschlüsse gefällt darüber, wie der Pandemie zu begegnen ist. Und ebenso war bereits zuvor absehbar, dass es wieder Diskussionen darüber geben würde, ob die Politik ihre Maßnahmen auf schlüssige Begründungen und insbesondere auf valide Daten stützen kann.

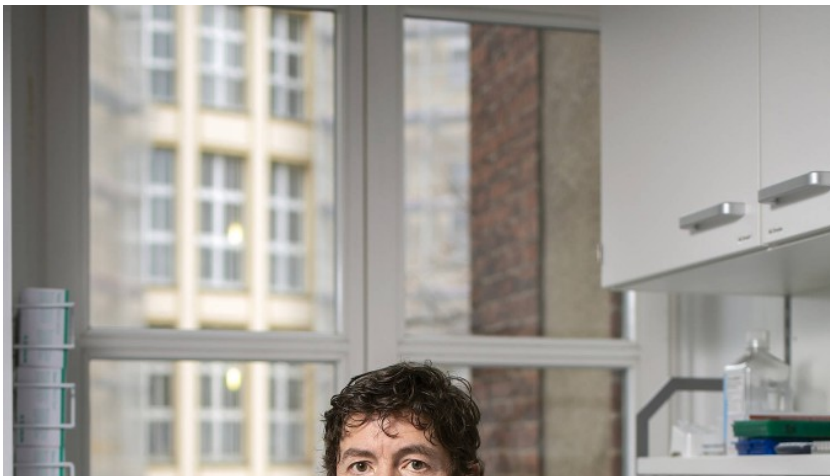
Die Begründungen kann – und sollte – die Wissenschaft geben. Wir haben in Deutschland viele hervorragende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, das haben uns die vergangenen anderthalb Jahre deutlich gezeigt. Allerdings spiegelt sich diese Expertise allzu häufig noch nicht in der wissenschaftlichen Politikberatung wider. Das ist problematisch sowohl für diejenigen, die beraten, als auch für diejenigen, die beraten werden, und damit für das politische System als Ganzes. Den einen wird vorgeworfen, sie seien für unpopuläre Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie verantwortlich. Den anderen wird unterstellt, sie seien der Wissenschaft „hörig“, wählten nach Gutdünken aus und ignorierten unangenehme Stimmen abseits des „Mainstreams“. Dabei sind beide Seiten zutiefst überzeugt, dass der neu entstandene Kommunikationsraum nach ihren Regeln funktioniert: Politik braucht längerfristig gültige und verlässliche Entscheidungen, während Wissenschaft nach Erkenntnisfortschritt kurzfristig neu entscheidet.

Bereits Ende des vergangenen Jahres machte eine Studie des European Council on Foreign Relations deutlich, dass sich die steigende Nachfrage nach Beratung nicht automatisch in eine höhere Wertschätzung wissenschaftlicher Arbeit übersetzt – oder gar in größeres Vertrauen in die Ratschläge und Empfehlungen der Fachleute. Letztlich unterminiert die unterstellte Beliebigkeit das Vertrauen in die Demokratie, denn sie befeuert Vorurteile über politisch Handelnde.

Wie sich der Dialog zwischen Politik und Wissenschaft verbessern lässt

Der Zustand der wissenschaftlichen Politikberatung und das Verhältnis der Politik zur Wissenschaft in Deutschland sind also ein ernsthaftes Problem – nehmen wir es auch ernst. Natürlich gibt es nicht die eine Lösung, um ein ganzes System zu ändern. Aber einige Maßnahmen haben das Potential, es im Dialog mit Wissenschaft und Politik nachhaltig zu verbessern, weit über die aktuelle Pandemie hinaus.

Erstens: Es sollte eine dauerhaft bestehende, interdisziplinäre Struktur zur Politikberatung geschaffen werden, die in Krisenzeiten schnell reagieren und fundierten Rat bieten kann. Eine solche Struktur kann außerhalb von Krisenzeiten Expertise aufbauen und damit Vertrauen schaffen – sowohl in der Politik als auch in der Bevölkerung. Im Krisenfall kann dann von diesen Reservoirs gezehrt werden. Das Einbinden ganz verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen hilft außerdem, blinde Flecken zu vermeiden, wie wir sie gerade zu Beginn der Pandemie häufig erlebt haben.



© Andreas Pein

Ein Beispiel gelungener Politikberatung: Christian Drosten, Leiter des Instituts fuer Virologie der Charite Berlin in einem Labor im Institut für Virologie.

Als Vorbild - wenn auch mit Verbesserungspotential – bietet sich die britische Scientific Advisory Group for Emergencies (SAGE) an. Neben einer Kerngruppe von 20 bis 30 Wissenschaftlern kann diese über themenspezifische Untergruppen auf den Sachverstand von bis zu 300 Experten zugreifen. Dass Großbritannien im Vergleich eher schlecht durch die aktuelle Krise steuert, ist dabei weniger einem Mangel an exzellenter Beratungsinfrastruktur geschuldet – sondern vielmehr der Regierung, die unwillig oder unfähig war, sich die Empfehlungen zunutze zu machen. Unabhängig von SAGE sollten wir uns das exzellente Surveillance-System in Großbritannien zum Vorbild nehmen, das einige der besten epidemiologischen Daten weltweit produziert und maßgeblich zur Nachverfolgung der Ausbreitung von Virusvarianten beigetragen hat.

Eine inhaltlich breit aufgestellte, ständig bestehende Struktur für wissenschaftliche Politikberatung ist auch jenseits der Pandemie, ja jenseits von Gesundheitskrisen sinnvoll, denn sie wäre in der Lage, zu ganz anderen Themen beratend tätig zu werden. Damit geht diese Idee weit über den bisher diskutierten Pandemierat hinaus. Die letzte Krise, in der die britische SAGE vor Covid-19 aktiviert wurde, war beispielsweise der drohende Bruch eines Staudamms im August 2019. Vielleicht hätte eine ähnliche Einrichtung auch in Bezug auf die Flutkatastrophe im Westen der Bundesrepublik hilfreich sein können.

Zweitens: Wir sollten die Antwort auf die Pandemie systematisch aufarbeiten und Lehren daraus ziehen, um auf kommende große Krisen besser vorbereitet zu sein. Das ist eine wichtige Herausforderung für die nächste Regierung. Wichtig ist dabei: Es darf nicht darum gehen, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Stattdessen muss konsequent und sachlich analysiert werden, was in der Pandemie nicht gut gelaufen ist, wo andere Weichenstellungen möglich und nötig gewesen wären. Nur so kann es gelingen, Schwachstellen im System aufzudecken und abzustellen, damit in der nächsten Krise nicht abermals die gleichen Fehler gemacht werden. Aber natürlich sollten auch die Dinge klar benannt werden, die in Deutschland sehr gut funktioniert haben und die es zu bewahren und weiterzuentwickeln gilt.

Wir müssen das Vertrauen in die wissenschaftliche Politikberatung stärken

Ein Schwerpunktthema ist sicherlich das Verfügbarmachen und die Nutzung von Daten. In der gegenwärtigen Krise gibt es aufgrund der völlig unzureichenden digitalen Infrastruktur in Kombination mit ausgeprägtem Datenschutz zahlreiche Aspekte, die in Deutschland kaum nachvollzogen werden können, obwohl sie hilfreich wären, das Pandemiegeschehen effektiver in den Griff zu kriegen. Ein Beispiel: Wenn wir mehr über die Zusammensetzung ungeimpfter Bevölkerungsgruppen wüssten, könnten diese Informationen gezielt genutzt werden, um Maßnahmen dort anzusetzen, wo sie wirken sollen. Daten zum sozioökonomischen Status der Geimpften würden dazu beitragen, das verbleibende Risikoprofil in der Bevölkerung besser zu durchschauen und gezielt gegenzusteuern, zum Beispiel durch entsprechende Angebote. Auch für die sozialwissenschaftliche Forschung wären diese Informationen interessant, um auszuleuchten, wie Ungleichheiten in der Gesellschaft zum Verlauf der Pandemie beigetragen haben. Aus diesen Erkenntnissen wiederum lassen sich Lehren für die Zukunft ziehen, um gezielte sozialpolitische Maßnahmen zu ergreifen. Die Tatsache, dass wir derzeit nicht einmal exakt wissen, welcher Anteil der Bevölkerung in Deutschland geimpft ist, ist vor diesem Hintergrund vollkommen inakzeptabel.

Drittens: Wir müssen Wissenschaftskommunikation und das gesellschaftliche Vertrauen in wissenschaftliche Politikberatung stärken. Auch wenn Fachbegriffe wie Reproduktionszahl und Sieben-Tage-Inzidenz mittlerweile in aller Munde sind: Die Wissenschaftskommunikation in Deutschland muss gestärkt werden. Das gilt vor allem für die Arbeitsweise der Wissenschaft und die Rolle der wissenschaftlichen Politikberatung im politischen Prozess.

Denn obwohl epidemiologische und virologische Fachbegriffe weitverbreitet sind – das Verständnis dafür, wie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen arbeiten, ist es nicht. Frei nach Karl Popper: Dass Vermutungen und Widerlegungen insbesondere in einer ungewissen, neuen Situation wie einer Pandemie zum Prozess der Wissenschaft gehören, dass gestern geäußerte Hypothesen also heute vielleicht bereits wieder Makulatur sind – das war und ist vielen nicht klar. Das hat vielerorts zu Ermüdung, Relativismus und Skepsis geführt: Die

Wissenschaftler sollen sich doch endlich einig werden, die wissen es doch auch nicht besser und so weiter.

Das mangelnde Verständnis für die Rolle wissenschaftlicher Politikberatung als eines Stranges im komplexen Gewebe politischer Interessenabwägung hat Wissenschaft und Politik beschädigt. Daher kann nur ein besseres Verständnis dafür, dass es sich um zwei getrennte Sphären handelt, dazu beitragen, das verlorene Vertrauen wiederherzustellen. Nicht zuletzt geht es hier aber auch um den Schutz der Wissenschaftler. Die starke Personalisierung in der medialen Berichterstattung sowie die Unterstellung, es seien in Wahrheit die Forscher, die politische Entscheidungen trafen, hat in einigen Fällen zu persönlichen Bedrohungen geführt, was inakzeptabel ist.

Deutschland ist bislang vergleichsweise ordentlich durch die Pandemie gekommen. Zurücklehnen können wir uns deswegen aber keinesfalls. Ganz im Gegenteil. In vielen Fällen hat uns das Virus wie in einem Brennglas gezeigt, wo unser System Schwächen hat und wo wir dringend nachbessern müssen. Noch sind diese Erinnerungen frisch, noch ist das politische Momentum vorhanden. Wir sollten diese Chance nutzen, die wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland dauerhaft zu verbessern. Damit wir für die nächste Krise besser gerüstet sind. Denn eines ist klar: Nicht für jedes Problem wird es eine rasche Impfung geben.

Caroline Schmutte leitet das Deutschland-Büro des Wellcome Trusts, einer gemeinnützigen Stiftung für Gesundheitsforschung.

Heyo K. Kroemer ist Vorstandsvorsitzender der Charité – Universitätsmedizin Berlin.

Quelle: F.A.Z.